

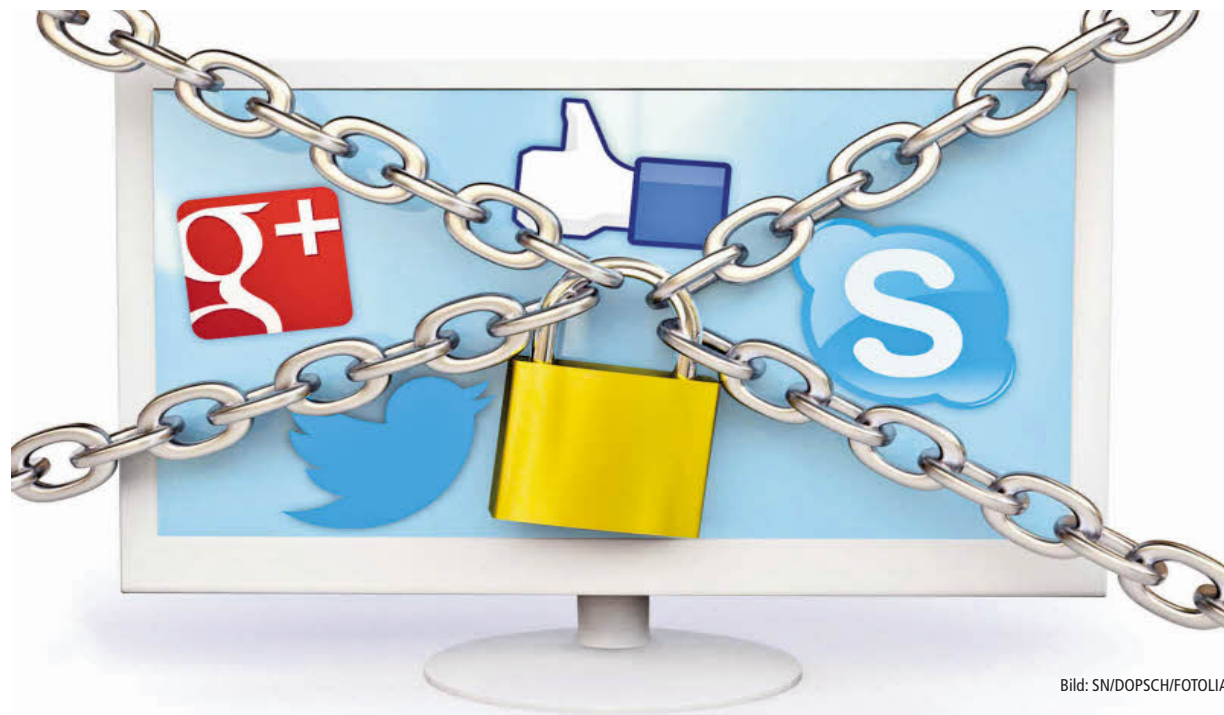


Bild: SN/DOPSCH/FOTOLIA

Gesperrt statt vernetzt

Unsozial. Eine Horrervorstellung für passionierte Social-Media-Nutzer: Facebook, Twitter oder Skype sperren ohne Vorwarnung das Konto. Wehren können sich die User kaum – außer man ist HC Strache.

RALF HILLEBRAND

WIEN (SN). Beim ersten erfolglosen Anmeldeversuch auf Skype hatte sich Markus noch nichts gedacht. Wahrscheinlich vertippt – kann ja einmal passieren. Beim zweiten Anlauf zweifelte der 29-Jährige an seinem Gedächtnis: möglicherweise das falsche Passwort im Kopf. Als ihm der Internet-Telefonservice sogar das Zurücksetzen des Kennworts verwehrte, wurde der Doktoratsstudent skeptisch: „Ich bin seit zehn Jahren Skype-Nutzer und hatte noch nie solche Probleme.“ Markus wandte sich an den Kundenservice. Die kurze (und wahrscheinlich standardisierte) Antwort: Sein Account wurde gesperrt. Er habe „unerwünschte Kommunikation“ verbreitet, also Spam-Nachrichten verschickt – ein haltloser Vorwurf. Und das Geld, das Markus auf sein Skype-Konto eingezahlt habe, werde einbehalten. „Mir wurde erklärt, dass meine Credits nicht zurückerstattet werden.“ Die Kontaktdaten, die von dem 29-Jährigen gespeichert wurden, seien ebenso weg.

So wie Markus geht es offenbar einigen Nutzern – und das nicht nur auf Skype. In Onlineforen beschwerten sich Social-Media-User über vorwarnungslos gesperrte Konten auf Facebook, Twitter oder eben Skype. Besonders interessant: Meist geht die Sperre nicht von den Betreibern der sozialen Netzwerke aus, sondern von anderen Nutzern. „Facebook oder andere Plattformen sind schon aufgrund ihrer Personalressourcen nicht in der Lage, alle angeblichen Verstöße selbst zu kontrollie-

ren“, erläutert die Wiener Social-Media-Expertin Judith Denkmayr. „Das meiste wird automatisiert gehandhabt. Wenn innerhalb von drei, vier Tagen mehrere Nutzer ein Fehlverhalten melden, schlägt ein Algorithmus an, der das Profil sperrt.“ Dadurch sei man bis zu einem gewissen Grad der Mutwilligkeit anderer Nutzer ausgesetzt.

Wenn ein Konto einmal gesperrt wurde, sind die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, gering. „Ich habe überhaupt kein Recht auf einen Social-Media-Account – vor allem, weil es Gratis-



Bild: SN/DIGITAL AFFAIRS

Nutzer haben kein Recht auf ein eigenes Konto.

Judith Denkmayr,
Social-Media-Expertin

dienste sind. Deshalb kann ich mich nur schwer wehren, wenn mein Profil gesperrt wurde“, sagt Denkmayr. Die einzige Möglichkeit sei, das Problem mehrmals zu melden „und zu hoffen, dass man irgendwann an eine echte Person gerät, die einem helfen kann“. Beträge, die ein Nutzer auf sein Social-Media-Konto eingezahlt habe, könne man indes wohl vergessen: „Es wird schlicht auf die AGB verwiesen. Dort steht irgendwo, dass der Nutzer sein Guthaben verliert, wenn er gegen die Richtlinien der Plattform verstößt.“ Die allgemeinen Geschäftsbedingungen sind bei allen großen sozialen

Netzwerken vage gehalten. Accounts werden etwa gesperrt, wenn man einen erfundenen Usernamen verwendet, anderen Nutzern Gewalt androht oder Werbenachrichten verschickt.

Auch auf Anfrage der „Salzburger Nachrichten“ verwiesen Skype, Facebook und Twitter unisono auf ihre AGB. Genauere Auskünfte, wann, wo, wie Konten gesperrt werden, wurden nicht gegeben. Immerhin erklärte sich Skype bereit, sich mit dem Fall von Doktoratsstudent Markus näher auseinanderzusetzen. Dennoch wird der 29-Jährige sein Geld wohl kaum zurückerhalten. Während sich der Schaden bei ihm aber noch im Rahmen hält, sind die Folgen für Firmen oder Institutionen wesentlich größer. „Städten wurde 2012 ohne Vorwarnung ihr Facebook-Link weggenommen“, erzählt Denkmayr. Die Stadt München traf es besonders hart: Ihre Seite hatte bereits 400.000 Fans, die Seite wurde breit angepriesen, Plakate mit dem Link waren schon im Umlauf – alles umsonst.

Auch Politikern kann es ähnlich ergehen: Vergangenen Sommer wurde das Facebook-Profil von HC Strache gesperrt. Der FPÖ-Obmann ortete Zensur und ging mit dem Thema an die Öffentlichkeit. Die Sperre wurde nach einigen Tagen aufgehoben. Facebook entschuldigte sich zwar, eine genaue Begründung blieb das soziale Netzwerk aber schuldig. Judith Denkmayr: „Dass sich Facebook der Sache überhaupt angenommen und die Sperre aufgehoben hat, ist beachtlich. Prominenz hilft offenbar auch im Social Web.“

Vom „Schwein“ ORF und den Privatsender-„Hennen“

WIEN (SN-par). Was der ORF und die Privatsender in Österreich gemeinsam haben? „So viel wie ein Schwein und eine Henne. Die würden auch nicht gemeinsam Ham und Eggs machen.“ Bessere Worte hätte Klaus Schweighofer, Vorstandsvorsitzender des Verbands Österreichischer Privatsender (VÖP), nicht finden können, um die am Mittwoch veranstaltete Debatte zwischen Privatsendern, dem ORF und den Klubchefs von SPÖ und ÖVP zu eröffnen. Viel gemeinsam hatten die Diskutanten nicht – außer die gemeinsamen Feindbilder Amazon, Google & Co.

Puls-4-Geschäftsführer Markus Breitenecker etwa ortete einen „Exzess“ des ORF beim Rechtekauf kommerzieller Formate, die man auf ein Normalmaß „zurückführen“ müsse. Mittel- bis langfristig erhoffe er sich „Waffengleichheit“ zwischen dem ORF und den Privaten und meinte damit die „saubere Trennung“ der Finanzierung: Private sollten alle Wer-

begelder, der ORF nur noch Gebühren erhalten.

Von Werbebeschränkungen wollte ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz nichts wissen. Sie würden nicht den heimischen Privaten, „sondern großen deutschen Medienunternehmen“ in die Hände spielen, die Wrabetz als die dritte Säule im Rundfunksystem charakterisierte. Von der Politik erwarte er sich entsprechende Rahmenbedingungen „wenn sie einen starken, öffentlich-rechtlichen Rundfunk will“ – etwa durch die Gebührenrefundierung.

Von einer solchen wollte ÖVP-Klubchef Karlheinz Kopf nichts wissen. „Der ORF muss und kann mit seinem Geld auskommen. Mehr wird es nicht geben“, erklärte er. Sein SPÖ-Pendant Josef Cap erklärte: „Ich bin ein Patriot“ und verwies auf die Bedeutung des ORF für die österreichische Identität. Und VÖP-Präsident Schweighofer? Er wünschte sich mehr als die derzeitigen 15 Mill. Euro für die Privaten und forderte, dass das „dicke Schwein ORF auch einmal abspecken könnte“.



Ein ganzer Monat gegen Hacker

WIEN (SN-hill). Es passt in die Zeit von Abhörskandalen und NSA-Ermittlungen: Erstmals initiiert die EU einen eigenen Cyber-sicherheitsmonat. Den ganzen Oktober lang sollen Veranstaltungen das Bewusstsein für das Thema „Internetsicherheit“ schärfen. Österreich ist das Aushängeschild der Aktion: 18 von 50 Veranstaltungen finden hierzulande statt, etwa eigene Konferenzen in Wien, Oberösterreich oder Salzburg.

Apple stellt neue iPads vor

NEW YORK (SN, dpa). Apple will laut mehreren Medienberichten die neue Generation seiner iPad-Tablets in zwei Wochen vorstellen. Erwartet wird bei der Präsentation am 22. 10. vor allem ein iPad mini mit einem Display mit höherer „Retina“-Auflösung. Unklar sei, ob die Geräte einen Fingerabdrucksensor wie das neue iPhone 5s bekämen, schrieb der Technologieblog „All Things D“.

Emmy-Chancen für Österreicher

WIEN (SN, APA). Der österreichische Regisseur Andreas Prohaska ist mit zwei ORF-Koproduktionen im Rennen um die International Emmy Awards (25. 11.). Aus der Produktion „Spuren des Bösen – Racheengel“ hat Schauspieler Heino Ferch Chancen auf die Auszeichnung als bester Hauptdarsteller, während „Das Wunder von Kärnten“ in der Kategorie TV-Film/Miniserie nominiert ist.